

Ostpreußen – für friedlichen Wandel

Rede des Sprechers

der LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN

Wilhelm v. Gottberg



anlässlich des
Deutschlandtreffens der Ostpreußen

am 10. und 11. Juni 2000
in Leipzig

*Meiner Frau
und meinen Kindern
für die Unterstützung meiner Arbeit
gewidmet*

Ostpreußen – für friedlichen Wandel

Rede des Sprechers

der LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN

Wilhelm v. Gottberg



anlässlich des
Deutschlandtreffens der Ostpreußen

am 10. und 11. Juni 2000
in Leipzig



Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Wir sind am Pfingstfest diesen Jahres hier in der schönen sächsischen Metropole Leipzig zusammengelassen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die in beispielloser Gesetzlosigkeit ihrer Heimat beraubten Ostpreußen nicht aufhören werden, für die zumutbare Heilung der Vertreibungsverbrechen einzustehen.

Namens des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen gebe ich meiner Freude Ausdruck, daß es gelungen ist, dieses Deutschlandtreffen in Leipzig durchzuführen. Leipzig war früher Sitz des Reichsgerichts, des obersten Gerichtes des Deutschen Reiches. Abgesehen von der Zeit der NS-Diktatur und der SED-Diktatur, hat Leipzig eine lange Tradition als Stadt des Rechtes. Mit dem Umzug des Bundesverwaltungsgerichts nach Leipzig wird versucht, an diese Tradition anzuknüpfen. In dieser Stadt wollen wir das Unrecht beklagen, welches die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und ein großer Teil der politischen Klasse im ohne seine Ostprovinzen vereinigten Deutschland den Ostpreußen bis zum heutigen Tage zu ertragen zumuten.

Aber, der Veranstaltungsort Leipzig für das diesjährige Deutschlandtreffen ist auch eine Geste an unsere mitteldeutschen Landsleute, die bis zur Wende vor zehn Jahren nicht über ihr Fluchterlebnis, über ihr Vertreibungsschicksal, über den miterlebten und miterlittenen Völkermord an den Ostpreußen haben reden dürfen. Ihnen, verehrte Landsleute, die Sie in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, in Sachsen, in Thüringen, in Sachsen-Anhalt eine neue Bleibe fanden, wollten wir die Teilnahme an einem Deutschlandtreffen ohne eine extrem lange Anreise ermöglichen.

Ich bin davon überzeugt, daß das speziell für Sie konzipierte Angebot Leipzig von Ihnen angenommen wurde. Dafür möchte ich schon an dieser Stelle danken.

Ostpreußen und Leipzig! Gibt es Gemeinsamkeiten? Was verbindet unsere Heimat mit Leipzig? Leider reicht meine Redezeit nicht, um darüber ausführlich zu berichten. So sei, gewissermaßen exemplarisch, darin erinnert, daß in der Völkerschlacht bei Leipzig ein Königsberger Landsturm-Bataillon unter Führung des in Königsberg ansässigen Juristen Major Karl Friedrich Friccius das Grimmaische Tor erstürmte. Ein Denkmal erinnert heute noch in Leipzig an Friccius. Leipzig wurde während der Wende die Heldenstadt genannt, weil während der Montagsdemonstrationen gerade in Leipzig Hunderttausende auf die Straße gingen und mutig das Gesetz des Handelns für Frieden und Freiheit, für Recht und Einheit ergriffen. Die Ostpreußen waren dabei, darauf sind wir stolz.

Der Preuße Karl Friedrich Goerdeler – nach Stauffenberg der bekannteste Widerständler des 20. Juli – war von 1920 bis 1930 Zweiter Bürgermeister in Königsberg, von 1930 bis 1937 Oberbürgermeister in Leipzig. Eine streng rechtsstaatliche Denkungsart zeichnete ihn aus. Für sie ließ er in Plötzensee sein Leben.

Und schließlich: Unser ostpreußischer Landsmann Dr. Hinrich Lehmann-Grube kam 1990 von Hannover nach Leipzig. Er stellte sich uneigennützig der Aufgabe Leipzig. Durch seine Arbeit konnte die Stadt schon bald einen Teil ihrer Vorkriegsreputation zurückgewinnen. Wenn wir hier in der Neuen Messe in Leipzig unser Deutschlandtreffen durchführen, dann ist das nicht zuletzt das Verdienst Lehmann-Grubes. Dafür sei ihm an dieser Stelle ein von Herzen kommendes Danke zugerufen.

Wir haben uns hier für das diesjährige Deutschlandtreffen das Losungswort „Für friedlichen Wandel“ gegeben. Damit haben wir die Zukunft eines in Frieden und Freiheit auf der Grundlage von Recht und Wahrheit zusammenwachsenden Europas im Blick. Wir schauen vorwärts. Es ist zweifellos eine bösertige Unterstellung, daß uns immer wieder vorgeworfen wird, nur rückwärtsgewandt zu verharren. Frieden und Freiheit bedürfen zu ihrer Verwirklichung der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Wie steht es mit der Wahrhaftigkeit im deutsch-polnischen Verhältnis, im deutsch-tschechischen Verhältnis?

Eine verabscheuungswürdige Verlogenheit kennzeichnet diese Beziehungen. Die deutschen Beziehungen zu den Vertreiberstaaten Polen und Tschechien werden in nicht nachvollziehbarer Weise schöngeredet.

Große Teile der polnischen Öffentlichkeit behaupten immer noch, die Oder-Neiße-Gebiete seien von jeher polnisches Territorium und der Ausgang des Krieges habe den Polen Gerechtigkeit erbracht. Auf dieser Geschichtslüge läßt sich kein Europa in Frieden und Freiheit aufbauen.

Im vorigen Jahr erschien in deutscher Sprache ein Reiseführer Masuren. Die Geschichtsklitterungen in diesem Werk liegen genau auf dieser Linie. Ostpreußen, Pommern, Schlesien – polnisches Land.

Es ist davon auszugehen, daß zahlreiche deutsche Touristen dieses Machwerk erwerben und in die Bundesrepublik einführen. Auch kann der Reiseführer über zwei Adressen in der Bundesrepublik erworben werden. So wird kontinuierlich, aber wirksam Geschichtsverfälschung betrieben. Es ist bekannt, daß bei der Volksabstimmung im Juli 1920 im Kreis Treuburg 28 625 Personen für Deutschland und zwei Personen für Polen votiert haben. Dieser Sachverhalt war auf einem einfachen Gedenkstein am Rathaus in Treuburg festgehalten worden.

Der Stein wurde 1945 entfernt, und statt dessen finden wir heute ein Denkmal dort mit der Aufschrift: Zur ewigen Erinnerung an die Befreiung von der deutschen Herrschaft. 21. 1. 1945.

Lange nach der Wende, lange nach Abschluß des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages über Freundschaft und gute Nachbarschaft feiern polnische Bischöfe in den Vertreibungsgebieten Dankgottesdienste dafür, daß die angeblichen urpolnischen Westgebiete wieder zum polnischen Mutterland heimgekehrt sind.

In Danzig stellte kürzlich der Deutsche Verein einen Antrag an die zuständige polnische Behörde, einen Gedenkstein aufstellen zu dürfen für die unzähligen Toten, die auf den eingeebneten Friedhöfen der Stadt ihre Ruhestätte hatten. „Zur Erinnerung an die Deutschen, die auf heute nicht mehr bestehenden Danziger Friedhöfen begraben wurden“, sollte die zweisprachige Inschrift des Gedenksteins sein. Der Antrag wurde abgelehnt.

Sofern sich deutsche Reisegruppen im südlichen Ostpreußen eines polnischen Reiseleiters bedienen – dies geschieht oft genug –, bekommen sie in der Regel die Sichtweise Polens aus der kommunistischen Zeit hinsichtlich der Geschichte Ostpreußens vermittelt. Dies wollen wir nicht mehr kommentarlos hinnehmen. Hier muß es einen Wandel geben.

Wir rufen hier von Leipzig aus allen gutwilligen Polen zu: Lassen Sie nicht zu, daß die deutsche Geschichte der Oder-Neiße-Gebiete, die deutsche Geschichte Ost- und Westpreußens im Sinne eines polnischen Chauvinismus umgeschrieben wird.

Liebe ostpreußische Schicksalsgefährten, wir laden Schuld auf uns, schwere Schuld, wenn wir derartige Tatsachenverdrehungen schweigend hinnehmen. Was wäre die Folge?

Spätestens in zwei Generationen hätte sich auch in Deutschland die Auffassung durchgesetzt, daß es mit dem deutschen Stamm der Ostpreußen in Ostpreußen nicht

weit her gewesen sein kann, daß die „Aussiedlung“ oder „Umsiedlung“ wie man den Völkermord genannt hat, gerechtfertigt gewesen sei, weil die Deutschen eine zu vernachlässigende Minderheit in Ostpreußen waren. Machen wir uns nichts vor! Schon heute finden wir in den ostdeutschen Landesmuseen die Tendenz, den Osten des ehemaligen Deutschen Reiches als einen Raum darzustellen, der von Polen, Russen, Litauern und Deutschen besiedelt war. Wir wissen noch, daß es ganz anders war. Der geachtete polnische Marschall und Staatschef Josef Pilsudski äußerte am 10. Dezember 1927 gegenüber dem deutschen Außenminister Stresemann:

„Die ostpreußische Grenze scheidet nicht nur zwei Länder, sondern auch zwei Welten. Uns Polen erscheint das benachbarte Ostpreußen so ganz anders. In ihm ist alles deutsch, selbst Masuren. Nein, Ostpreußen ist unzweifelhaft deutsches Land. Das ist von Kindheit an meine Meinung. Und meine Meinung können sie ruhig Ihren Ostpreußen in Königsberg mitteilen.“ Heute finden wir in keinem deutschen, in keinem polnischen Schulbuch dieses Zitat.

Wir Ostpreußen vergessen nicht die schweren Belastungen aus der Vergangenheit, die die deutsch/polnischen Beziehungen bisher beeinträchtigt haben. Polen hat im Krieg selbst schrecklich gelitten. Aber die Ostpreußen wehren sich dagegen, daß alles Leid, das die Polen von 1933 bis zur Wende 1989 erdulden mußten, nur den Deutschen angelastet wird.

Warum wird bei uns niemals und zu keiner Zeit darüber berichtet, daß Polen im September 1939 nicht nur von Deutschland, sondern auch von der damaligen Sowjetunion angegriffen wurde?

Warum finden wir in keinem Schulbuch etwas darüber, daß Polen 1939 nicht nur Opfer war, sondern 1938 durch die Einverleibung des Olsa-Gebietes Hitler bei der Zerschlagung der Tschechei assistiert hat?

Es gehört auch zur historischen Wahrheit, daß die schweren Jahrzehnte, die Polen unter dem kommunistischen Joch nach 1945 bis zur Wende hat erdulden müssen, nicht den Deutschen und Deutschland anzurechnen sind. Es ist an der Zeit, daß Polen – und natürlich auch Tschechien – sich Rechenschaft geben über den eigenen Anteil an Schuld für 45jährige Sozialismus-Diktatur. Ohne die eigene kommunistische Oligarchie wäre der Sowjet-Imperialismus nicht bis 1989 in den Warschauer-Pakt-Staaten aufrechtzuerhalten gewesen. Es kann auch nicht bestritten werden, daß die angelsächsischen Siegermächte Verantwortung für die 45jährige Teilung Europas haben. Auch sie haben 1945 durch Zustimmung zu den Jalta- und Potsdam-Beschlüssen die Zwangsbolschewisierung Ost-Mitteleuropas mitzuverantworten.

Seit Jahrzehnten spricht man vom deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939. Ja gewiß, und Gott sei es auch heute noch geklagt, in der Frühe des 1. September 1939 hat das Deutsche Reich den Krieg gegen Polen begonnen. Traf der deutsche Kriegsbeginn die Weltöffentlichkeit, den Staat Polen wie ein Blitz aus heiterem Himmel?

Keineswegs! Allen Verantwortlichen in Europa war seit 1919 klar, daß der in Versailles geschaffene sogenannte „Polnische Korridor“ eine starke latente Kriegsgefahr bedeutete.

Der englische Politiker Viscount d'Abernon: „Nach Locarno hat sich die Kriegsgefahr an der deutsch-französischen Grenze vermindert, nun bleibt der deutsch-polnische Korridor das Pulverfaß Europas.“

Der französische Marschall Foch: „Im Korridor-Gebiet liegt die Wurzel des nächsten Krieges.“ Der polnische General Sikorski: „Der Korridor ist ein europäisches Problem.“ Der tschechisch-slowakische Staatspräsident Masaryk: „Der polnische Korridor gefährdet den europäischen Frieden.“

Im Frühjahr 1939 gab es umfangreiche deutsch-polnische Konsultationen, die deutscherseits zum Ziel hatten, die Korridorfrage zu entschärfen. Alle diesbezüglichen deutschen Vorschläge wurden von Polen – mit England im Rücken – abgelehnt.

Die deutsche Botschaft in Warschau schrieb am 28. März 1939 an das Auswärtige Amt nach Berlin über die kriegerische Stimmung in Polen: „Von ernster Bedeutung ist das Entstehen einer Kriegsstimmung, die durch die Presse, durch anti-deutsche öffentliche Kundgebungen und zum Teil auch durch eine säbelrasselnde offiziöse Propaganda gefördert wird. In weiten Kreisen glaubt man heute, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei und unmittelbar bevorstehe.“

Und am 25. April 1939 schrieb der deutsche Botschafter in Warschau nach Berlin: „Die Maßlosigkeit der anti-deutschen Propaganda, die durch überhebliches Betonen der eigenen Stärke und durch Geringschätzung der Kräfte des Gegners der Bevölkerung Mut machen sollen, hält das ganze Land in schwerer Spannung. Unter der Kriegs-Stimmung und der Deutsch-Feindlichkeit hat die deutsche Minderheit besonders zu leiden.“

Es waren die Unrechtsbedingungen des Versailler Vertrages von 1919, die den Keim eines neuen Krieges in sich trugen. Heute wird überhaupt nicht mehr von der katastrophalen polnischen Minderheitenpolitik zwischen 1919 und 1939 gesprochen, unter der die deutsche Bevölkerung im zwangsweise abgetretenen Korridor-Gebiet und in Polen zu leiden hatte. Es war eine Politik der Unterdrückung und Diskriminierung, phasenweise verbunden mit wüsten Ausschreitungen gegen die

deutsche Volksgruppe. Als Folge dieser Politik haben zwischen 1919 und 1939 etwa eine Millionen dort ansässiger Deutscher ihre angestammte Heimat verlassen. Im Jahr 1934 kündigte Polen den ihm auferlegten Minderheiten-Schutzvertrag. Polen brach damit ein fundamentales Recht, das den in Polen wohnenden Volksgruppen durch die Pariser Friedenskonferenz von 1919 zuerkannt worden war.

Auch diese Details gehören zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Sie sind bedeutsam für die Frage der Kriegsschuld.

Damit kommen wir zur Nachkriegszeit. Wir wehren uns dagegen, daß das Leid, das Unrecht, die Verbrechen, die den Ostpreußen, den Ostdeutschen insgesamt durch Polen und andere 1945 und später zugefügt wurde, verschwiegen werden. Wir beklagen 2,5 Millionen deutsche Opfer durch Flucht, Vertreibung und unmenschliche Behandlung bei der Zwangsarbeit und in Konzentrationslagern.

Auschwitz steht beispiellos für die Vernichtung des europäischen Judentums unter der Verantwortung Deutschlands. Sie wurden ermordet, nur weil sie Juden waren.

Ab 1945 gab es unter der Verantwortung der Polen, der Tschechen, der Sowjets, der Serben viele kleine Auschwitz', in denen Deutsche zu Tode gebracht wurden, nur weil sie Deutsche waren. Im polnischen Machtbereich gab es nach 1945 die unfaßbare Zahl von 1255 Lagern. Ich erspare mir zu schildern, welchen Torturen die Menschen ausgesetzt waren.

Der britische Philosoph Bertrand Russel schrieb am 19. Oktober 1945 empört an die Zeitung „Times“: „In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt. Man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen.“

Die Hauptverantwortlichen für die Konzentrationslager bis 1945, aber auch für die Massendeportationen während des Krieges zum Zwecke des Arbeitseinsatzes im Deutschen Reich hat man zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die Hauptverantwortlichen für die gleichen Verbrechen ab Frühjahr 1945 an Deutschen hat man bis heute unbehelligt gelassen.

Ich bemerke das um der historischen Wahrheit willen, nicht mit der Zielsetzung einer gegenseitigen Aufrechnung. Es ist bei uns üblich, allen Aufrechnungsabsicht zu unterstellen, die die Verbrechen an Deutschen am Ausgang des Zweiten Weltkrieges thematisieren. Das Gegenteil ist eher richtig. Die Wahrheit auszusprechen ist niemals falsch. Vom Königsberger Mediziner Julius Rupp, er war Käthe Kollwitz' Großvater, stammt der Satz: „Wer die Wahrheit kennt und nicht benennt, ist der größte Feind der Wahrheit.“



Bildete auch in Leipzig den Höhepunkt der Veranstaltung: die Großkundgebung in der überfüllten Haupthalle des Messegeländes mit dem Einmarsch der Fahnenstaffel

Den eigentlichen Aufrechnern, den Verschweigern der Wahrheit in der Bundesrepublik, in Polen und Tschechien und wo immer sie leben, sei ins Stammbuch geschrieben: Wie immens auch immer die Verbrechen waren, die Deutsche zu verantworten haben, nichts, aber auch gar nichts entschuldigt die Verbrechen an Deutschen. Jede Schuld steht für sich und bedarf der Aufarbeitung. Wir Deutsche haben bis ins Detail aufgearbeitet – die Aufarbeitung der Verbrechen an Deutschen steht noch aus.

Die Menschen in den Staaten Europas kommen alle – abgesehen von den Zuwanderern in den letzten 40 Jahren – aus dem Kulturkreis des christlichen Abendlandes. Was Europa geworden ist, das ist es durch das Kreuz und unter dem Kreuz geworden. Ein zentraler Wert des Christentums ist die Wahrheit. Man muß Wahrheit ertragen, auch Völker müssen sie ertragen, wir Deutsche haben schmerzhaft erfahren, was es heißt, Wahrheit zu ertragen. Aber genau so bedeutsam ist es, den Mut zur Wahrheit zu haben. Wir haben viel zu wenig bekannt, was uns widerfahren ist. Wir waren völkermordartigen Vernichtungsaktionen ausgesetzt. Die 45jährige Zwangspolonisierung der heimatverbliebenen Landsleute wird nach heutiger Definition im Völkerrecht ebenfalls als Völkermord gewertet. Die Deutschen aus den Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches waren um so härter von Flucht und Vertreibung betroffen, je länger die Wege waren, die bis zum Westen zurückgelegt

werden mußten. Insoweit waren die Ostpreußen, neben den geflüchteten Landsleuten aus den südosteuropäischen Siedlungsgebieten, am härtesten betroffen. Unzählige blieben an den langen Treckwegen geschändet und bestialisch gemordet zurück.

Es waren Tausende Ost- und Westpreußen, die bei den Schiffskatastrophen auf der Ostsee im wahrsten Sinne des Wortes zu Grunde gingen. Mindestens achtzigtausend Ostpreußen verhungerten 1945 bis 1947 in Königsberg. Frank Schirrmacher, der Mitherausgeber der FAZ, hat in einem Artikel in seiner Zeitung am 9. April 1995 daran erinnert.

Am 12. März 1945 hat die amerikanische Luftwaffe bei einem Tagesangriff auf Swinemünde, mit Schwerpunkt Hafenanlagen und Bahnhof, innerhalb von 70 Minuten 25 000 Menschen umgebracht. Es waren überwiegend geflüchtete Ost- und Westpreußen, die sich schon in Sicherheit wähnten. Dieser Angriff war ein Verbrechen, ebenso wie der Luftangriff der Anglo-Amerikaner auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945, bei dem über 200 000 Menschen getötet wurden.

Was den Ostpreußen sonst noch widerfuhr, kann man nachlesen unter anderem bei Hans Graf Lehndorff „Das ostpreußische Tagebuch“, Hans Deichelmann „Ich sah Königsberg sterben“ und in den Schriften der Kulturstiftung der deutschen Heimatvertriebenen „Das Tagebuch der Emma Kirstein“ und „Frauen in Königsberg“.

Es hätte die Ostpreußen noch schlimmer getroffen, wenn da nicht der Opfergang unserer Soldaten gewesen wäre. Soldaten der Wehrmacht haben in den letzten Monaten des Krieges an der Ostfront trotz der greifbaren Niederlage heldenmütig gekämpft, um die Menschen aus Ostpreußen vor der Rache der Sieger zu bewahren. Zehntausende gaben ihr Leben, damit Millionen Deutsche, vorwiegend Frauen, Kinder, Alte und Verwundete in den Westen flüchten konnten. Wir gedenken auch heute mit Respekt ihres selbstlosen Einsatzes. Durch das Einfordern der ganzen Wahrheit für die Kriegszeit und die Nachkriegszeit helfen wir den Staaten, die bei Kriegsende und nach dem Krieg an den Deutschen, an den Ostpreußen schuldig geworden sind, ihre Schuld anzunehmen und zu bekennen. Das steht noch aus, und damit fehlt die wichtigste Voraussetzung für gute Nachbarschaft und friedliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Vertreiberstaaten.

Wir warten schon seit langem auf ein Wort des Papstes Johannes Paul II. an seine polnischen Landsleute, sich der ganzen Wahrheit zu stellen.

Leider hat Johannes Paul bei seinem Besuch in Danzig und Westpreußen im Sommer vorigen Jahres nur der polnischen Opfer der NS-Zeit gedacht, insbesondere der polnischen, katholischen Hirten. Er verlor kein Wort – und ich sage dies mit Weh-

mut – über die deutschen Opfer des Bromberger Blutsonntags, ein großer Teil von ihnen hatte ebenfalls geistliche Ämter inne. Der Papst hat leider auch bis heute nicht den Mut gehabt, ein Wort des Bedauerns für das schändliche Tun des polnischen Episkopats gegenüber den deutschen Bischöfen Kaller, Splett und Bertram am Ende des Krieges zu äußern. Von wem, wenn nicht von der unumstrittenen Autorität des Papstes soll man das Bekenntnis zur ganzen Wahrheit einfordern?

Es gibt heute eine gesicherte Rechtsgrundlage für die Schutzpflicht der Bundesregierung gegenüber den Rechten der Heimatvertriebenen. Besonders hervorzuheben sind deren individuelle Eigentumsrechte in der Heimat. Die Schutzpflicht ist verfassungsrechtlich zwingend, weil sie sich aus der Privilegierung der Grundrechte ergibt. Das Eigentum ist ein geschütztes Grundrecht.

Aus gutem Grund hat die Bundesregierung 1990 beim Abschluß der Verträge mit den Nachbarstaaten im Osten immer wieder klargestellt, daß die Verträge sich nicht mit Staatsangehörigkeits- und Vermögensfragen befassen. Diese Fragen blieben offen, um sie zu einem späteren Zeitpunkt einer einvernehmlichen Regelung zuzuführen. So war damals die offizielle Sprachregelung. Nun sind zehn Jahre vergangen. Was hat diese Bundesregierung, was hat die vormalige Kohl-Regierung unternommen, um ihrer Schutzpflicht gegenüber den Interessen der Vertriebenen nachzukommen? Nichts! Rein gar nichts! Man setzt auf die so bewährte Strategie Kohls, die Sache auszusitzen. Es kann nicht mehr so lange dauern – so die Auffassung der politischen Klasse in der Bundesrepublik – bis die letzten Anspruchsberechtigten weggestorben sind. Es wird nicht mehr sehr lange Menschen geben, die etwas über die Eigentums- und Vermögensverhältnisse der Ostpreußen in ihrer Heimat aussagen können. Also aussitzen! Die Ostpreußen rufen hier von Leipzig aus den Politikern, den Abgeordneten des Bundestages, den Repräsentanten der Kirchen und den Meinungsbildnern bei den Massenmedien zu: Täuscht Euch nicht, unsere Ansprüche verjähren nie. Es wird auf unabsehbare Zeit immer wieder Menschen geben, die die zumutbare Wiedergutmachung der individuellen Vermögensverluste der Heimatvertriebenen einfordern werden.

Die Verlogenheit von großen Teilen der politischen Klasse, Bayern ausgenommen, zeigt sich auch gerade in bezug auf die Durchsetzung der Anliegen der Vertriebenen bei den Nachbarn im Osten. 1990/91 hieß es noch, daß die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen – ja damals sprach man noch von berechtigten Anliegen – im Zuge der EU-Osterweiterung zufriedenstellend gelöst werden könnten. Ab 1994/95 läßt man schnöde das Gegenteil verlauten. Die Außenminister Kinkel und Fischer, auch andere Regierungsmitglieder und Kanzler Schröder äußern nunmehr,

daß die Bundesregierung die Beitrittsverhandlungen Polens und Tschechiens zur EU nicht mit Fragen aus der Vergangenheit belasten wird. Damit wird klar, daß die Bundesregierung den verfassungsrechtlich gebotenen Schutz unserer Interessen auch zukünftig nicht wahrnimmt und somit die Verfassung in diesem Punkt mißachtet. Wir müssen den Mut haben, derartige Defizite an Rechtsstaatlichkeit immer wieder öffentlich zu kritisieren.

Wir werden häufig gefragt, was wir denn eigentlich noch wollen. Wir seien doch in der Bundesrepublik integriert, und im übrigen wolle ja kaum einer in die Heimat zurückkehren.

Wir haben immer wieder gesagt, was unsere Anliegen sind, und ich will sie auch hier in Leipzig für die Ostpreußen vor der Öffentlichkeit erneut artikulieren: Es geht uns um die Durchsetzung des Rechts, es geht uns um die Bewahrung des Rechtsstaates, dessen Ansehen in den letzten zehn Jahren durch administrative Maßnahmen gelitten hat. Als Beispiel nenne ich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu den Enteignungsmaßnahmen in Mitteldeutschland zwischen 1945 und 1949.

Es kommt auch gar nicht darauf an, wie viele heimatvertriebene Ostpreußen in die Heimat zurückkehren wollen. Es kommt darauf an, daß sich die Politik am Recht orientiert und nicht umgekehrt, wie das häufig bei uns geschieht. Wir wollen:

–Die umfassende Durchsetzung des Rechts auf die Heimat und die Rückkehr der heimatvertriebenen Ostpreußen und ihrer Nachkommen und auch Nichtvertriebenen, soweit sie dies wünschen, und daß sie als gleichberechtigte deutsche Bürger neben der heutigen polnischen, russischen und litauischen Mehrheitsbevölkerung Existenzen begründen können.

–Die Aufhebung aller Vertreibungs- und Enteignungsdekrete in Polen und Tschechien vor dem Beitritt dieser Staaten zur EU. Die EU ist eine Werte- und Rechtsgemeinschaft. Es kann nicht sein, daß diese Wertegemeinschaft es zuläßt, daß die angesprochenen Dekrete nach der Osterweiterung noch weiterhin innerpolnisches und innertschechisches Recht bleiben. Bedauerlicherweise sind sie es bis heute.

– Die Einbeziehung der Heimatvertriebenen in den bilateralen Dialog mit den ost- und mittelosteuropäischen Nachbarstaaten, soweit deren Belange es gebieten.

– Ein in der EU verankertes modernes Minderheiten- und Volksgruppenrecht mit umfassender Kultur- und Verwaltungsautonomie, welches spürbare Sanktionen vorsieht, soweit diese Rechte verletzt werden.

–Die Aufhebung der Amnestie- und Straffreiheitsdekrete für an Deutschen began-

gene Verbrechen sowie die Verurteilung der heute noch lebenden Täter in den Vertreiberstaaten.

– Gleichbehandlung und Entschädigung auch der deutschen Zwangs- und Sklavenarbeiter.

Das sind, holzschnittartig skizziert, unsere Anliegen.

Zum letzten Punkt einige Anmerkungen. Auch hier tritt die in der Bundesrepublik zum System erhobene Verlogenheit deutlich zutage. Immer wieder zur Tages- und zur Nachtzeit wird uns gesagt, wir seien moralisch verpflichtet, die während des Krieges in Deutschland tätig gewesenen fremdländischen Zwangsarbeiter zu entschädigen. Man tut so, als ob wir noch nicht entschädigt hätten.

Niemand aus der Regierung, keiner von der rot/grünen Koalition, keiner aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, keiner der Spitzenrepräsentanten der Kirchen bekennt die Wahrheit, die da lautet: Deutschland hat viele, viele Milliarden Mark Entschädigung an die NS-Opfer gezahlt. Wir haben ein Vielfaches von den zehn Milliarden DM gezahlt, die jetzt noch gefordert werden. Wir haben so reichlich entschädigt, daß allen heute noch lebenden Zwangsarbeitern davon eine Rente gezahlt werden könnte.

Wenn das Geld bei den Zwangsarbeitern nicht angekommen ist, dann müssen die Staaten bzw. Institutionen und Organisationen in Regreß genommen werden, die das Geld veruntreut haben, anstatt es den ehemaligen Sklavenarbeitern auszuhändigen.

Zur Wahrheit gehört auch, daß bisher für die deutschen Sklavenarbeiter keine Entschädigung bereit gestellt wurde. Wir als Ostpreußen sind neben den Pommern und den Schlesiern besonders betroffen, weil die gesamte Bevölkerung der Vertreibungsgebiete, soweit sie nicht rechtzeitig wegkam, mehr oder weniger lange Sklavendienst leisten mußte. Nur angemerkt sei, daß auch die gefangen gehaltenen Wehrmachtssoldaten Fronddienst leisten mußten.

Wir sind heute weder rechtlich noch moralisch verpflichtet, erneut Wiedergutmachung zu zahlen. Wir zahlen nur deshalb noch einmal, weil die Bundesregierung sich politisch verpflichtet fühlt zu zahlen.

Dabei werden wir – überspitzt formuliert – erpreßt.

Die Geschichte lehrt, daß auf jede nachgegebene Erpressung ein weiterer Erpressungsversuch folgt.

Nach Auffassung eines großen Teils der politischen Klasse und der gesamten Führungsebene der evangelischen Kirche sind wir 1945 befreit worden. Was sind das

für Befreier, die 55 Jahre nach der angeblichen Befreiung die Befreiten erneut zur Kasse bitten?

Wir wollen die Ungerechtigkeit bei der Behandlung der Entschädigung hinsichtlich der deutschen Betroffenen nicht protestlos hinnehmen. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen hat überlegt, was man gegen die Ignorierung der deutschen Zwangsarbeiterschicksale unternehmen könnte.

Man kann – das ist sicher – nur etwas auf dem Klageweg erreichen. Ob dieser Weg Erfolg hat, steht dahin. Man müßte es auf alle Fälle versuchen. Aber dazu braucht man Geld, viel Geld, etwa eine Millionen DM. Wer gibt uns dieses Geld? Die Landsmannschaft Ostpreußen hat es nicht!

Wir beklagen die Entsolidarisierung eines großen Teiles unseres Volkes mit dem Schicksal der Vertriebenen, mit dem Schicksal der deutschen Sklavenarbeiter. Aber müssen wir uns eigentlich über mangelndes Mitgefühl wundern, wenn auch der Herr Bundespräsident, sowie auch seine beiden Amtsvorgänger, es an Solidarität mit den Heimatvertriebenen mangeln lassen?

Bundespräsident Johannes Rau, der immer wieder betont, daß er der Präsident aller Menschen in der Bundesrepublik sein möchte, erhielt im Dezember vorigen Jahres einen Brief von Frau Ursula Seiring, die zu den bei Kriegsende verschleppten deutschen Sklavenarbeitern gehörte. Frau Seiring erinnerte in ihrem Schreiben an das Schicksal der deportierten Frauen und Kinder. Sie schreibt: „Es geht nicht um Aufrechnung, aber wir vermissen sehr schmerzlich ein teilnehmendes Wort unserer Politiker zu dem schweren Schicksal der verschleppten deutschen Zivilisten. Sie sind zu einem großen Teil in den Massengräbern des Gulags zwischen Eismeer und zentralasiatischer Steppe zurückgeblieben.“ Bundespräsident Rau hat den Brief unbeantwortet gelassen.

Wir beklagen die Entsolidarisierung der Bundesregierung, insbesondere des Staatsministers für Kultur und Medien Naumann und der leitenden Beamten seines Ministeriums, mit den Vertriebenen.

Sie sind seit dem Beginn der Kanzlerschaft Schröders für die Förderung der Vertriebenenkultur nach § 96 BVFG zuständig.

Nun hat dieses Ministerium ein zweites überarbeitetes Konzept vorgelegt, wie zukünftig die Förderung der noch zu erhaltenden Einrichtungen der Vertriebenenkultur angedacht ist. Ost- und Westpreußen trifft es schlimm. Man beabsichtigt, unsere Heimat in einer Region Nordosteuropa aufgehen zu lassen, in der neben den baltischen Staaten, Teile Rußlands und einige seiner Nachbarstaaten auch die Vertriebenenkultur der Kernländer des alten Preußens gefördert werden sollen.

Eine eigenständige Förderregion Ost- und Westpreußen soll es nicht mehr geben. Ostpreußen soll im übergreifenden geographischen Begriff Nordosteuropa verschwinden. Dies ist nichts anderes als eine zweite Vertreibung. Es ist eine geistige Vertreibung aus unserem kulturellen Erbe.

Die Ostpreußische Kulturstiftung, die über mehrere Jahre mit Akribie und Sachverstand konzipiert wurde, die sich nun seit 1992 bewährt hat, soll zerschlagen werden. Von den beiden Einrichtungen der Ostpreußischen Kulturstiftung, dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen soll nur ersteres weiter institutionell gefördert werden. Ellingen ist ein Teil des kulturellen Erbes der Ostpreußen. Dieses Erbe will man vernichten.

Herr Staatsminister Huber, die Ostpreußen appellieren hier von Leipzig aus an die Bayerische Staatsregierung, an unser Patenland: Laßt nicht zu, daß es dazu kommt! Wir rufen ja nicht nur nach der öffentlichen Hand. Die Ostpreußen haben in der Vergangenheit bis hin zur Gegenwart eigene große materielle Opfer zur Sicherung des kulturellen Erbes erbracht. Ohne den Beitrag der Ostpreußen gäbe es in der heutigen Form weder das Ostpreußische Landesmuseum noch das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen.

Lüneburg und Ellingen sind die kulturellen Einrichtungen der Ostpreußen in der Bundesrepublik. Die beiden Einrichtungen kooperieren gut, sie ergänzen sich und bedingen einander. Wir können darauf nicht verzichten. Dafür sind wir bereit, alles andere zur Disposition zu stellen.

Ich möchte an dieser Stelle dem Freistaat Bayern und der Bayerischen Staatsregierung Dank sagen für Standfestigkeit, Klarheit und Unterstützung, die die Anliegen der Vertriebenen aus Bayern immer erfahren haben.

Die Einrichtungen Ellingen und Oberschleißheim und viele andere stehen beispielhaft für die materielle Förderung Bayerns nach § 96 BVFG.

Die materielle Förderung ist wichtig. Noch wichtiger aber ist der politische Rückhalt, den uns Bayern gewährt. Herr Staatsminister, seien Sie versichert, die Solidarität, die Bayern uns gewährt, ist keine Einbahnstraße. Das sage ich auch im Hinblick auf die Zukunft.

Ein ganz wichtiges Projekt wird jetzt mit Hilfe Bayerns geschultert. Es geht um das Kopernikus-Haus in Allenstein – die zentrale Versammlungs- und Bildungsstätte für die deutsche Volksgruppe in Ostpreußen. Ohne die erhebliche materielle Förderung Bayerns, aber auch ohne die administrative Unterstützung des Bayerischen Arbeits- und Sozialministeriums, wären wir mit dem Vorhaben gescheitert. Herr

Minister Huber, bitte übermitteln Sie auch für dieses beachtliche Projekt in der grenzüberschreitenden Kulturarbeit unseren Dank an Herrn Ministerpräsident Dr. Stoiber. Ich will hinzufügen, daß Bayern in dem für uns zuständigen Arbeits- und Sozialministerium hervorragende Fachbeamte hat. Es macht Freude, mit ihnen sowohl in der Kulturförderung als auch bei der grenzüberschreitenden Kulturarbeit zusammenzuarbeiten.

Für zwei ganz zentrale Einrichtungen der Vertriebenenkultur kommt, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, zum Monatsende das Aus. Der Ostdeutsche Kulturrat OKR und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen befinden sich in der Abwicklungsphase. Beide Einrichtungen haben segensreich gearbeitet, sie haben besonders die Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Osten gepflegt. Wissenschaftler aus Polen, Tschechien, den baltischen Staaten und Rußland haben immer wieder Anregungen gegeben und sich der Arbeit der beiden Institutionen bedient.

Der Fairneß halber muß angemerkt werden, daß die Einstellung der Förderung dieser beiden Institutionen bereits unter der Kohl-Regierung beschlossen wurde.

Es muß der Wahrheit halber auch gesagt werden, daß die Verantwortlichen der beiden Institutionen alle warnenden Hinweise aus dem fördernden Ministerium, zwecks Zukunftssicherung zu einer engen Kooperation zu kommen, um Überschneidungen zu vermeiden und Kosten zu sparen, ignoriert haben. Verantwortung für die Institutionen trugen nicht nur, aber auch, Spitzenrepräsentanten der deutschen Vertriebenen. Die Folge ist, und das ist wohl politisch gewollt, daß ähnliche Dokumente wie die eben erwähnten Publikationen „Frauen in Königsberg“ und „Das Tagebuch der Emma Kirstein“ nicht mehr erscheinen können. Personen, die diesen Kahlschlag bei der Förderung der Vertriebenenkultur vornehmen, sind ahnungslos, geschichtslos, verantwortungslos.

Ich wiederhole hier noch einmal, was der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen schon viele Male seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Gewaltherrschaft bekräftigt hat. Die Ostpreußen werden von ihrer lebenswerten Heimatprovinz nicht lassen. Auch die formale Unterstellung Ostpreußens unter fremde Souveränität entbindet uns nicht von unserer Verantwortung für die Heimat. Ostpreußen ist Erbe und Auftrag. Unsere Ahnen haben in mindestens zwanzig Generationen das Land zu dem gemacht, was es bis 1945 war.

Bis Kriegsende war Ostpreußen getragen von in sich ruhender Harmonie. Dörfer und Städte, Wege und Stege waren von solidem Wohlstand geprägt. Dies Erbe verpflichtet, wir verraten es nicht. Unseren Protest gegen die Preisgabe Ostpreu-

bens haben wir zu Protokoll der Geschichte gegeben. Für die Zeit unseres Erdendaseins werden wir diesen Protest immer wieder artikulieren. Das gebietet uns unser Gewissen.

Im dreigeteilten, danieder liegenden Ostpreußen haben wir seit zehn Jahren ein friedensstiftendes und völkerverbindendes Aufbauwerk initiiert. Wir bauen und restaurieren mit Polen, Russen und Litauern gemeinsam Kirchen. Wir erhalten kulturhistorische Bausubstanz, wir helfen humanitär, nicht nur den heimatverbliebenen Landsleuten, sondern auch den neuen Bewohnern Ostpreußens. Wir beten gemeinsam. Wir feiern gemeinsam Gottesdienst. Wir richten mit anderen Sozialstationen ein. Durch zehntausendfachen Besuch im Land zwischen Weichsel und Memel bringen wir Kaufkraft zu den Menschen, die ganz gewiß nicht im Wohlstand leben. Wir bezahlen in beachtlichem Umfang den stark nachgefragten Deutschunterricht. Zu polnischen, russischen und litauischen Kommunalpolitikern bestehen teilweise gute, gelegentlich auch freundschaftliche Kontakte. Bei den meisten Heimatkreistreffen in der Bundesrepublik sind heute Kommunalpolitiker aus Ostpreußen Gäste.

Dennoch meinen einige, auch aus der Ministerialbürokratie der Bundesministerien, unsere Arbeit als revanchistisch und gegen die Verständigungspolitik der Bundesregierung gerichtet diffamieren zu müssen. Mit dieser Begründung wurde uns jedwede Förderung, auch Projektförderung versagt.

Wir nehmen das gelassen hin. Die Nachfolgeorganisation der Verbrecherpartei SED, die PDS, verstieg sich vor wenigen Tagen in einer Anfrage an die Bundesregierung zu der Feststellung, die Satzung der Landsmannschaft Ostpreußen behauptete zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands gehöre die Annexion Ostpreußens. Blanker Unsinn! Annexion wird von vernunftbegabten Menschen mit gewaltsamer Einverleibung definiert. Das Gegenteil ist richtig, wie der Bezug auf die Charta in unserer Satzung belegt.

Im übrigen sind die Ostpreußen Opfer einer Annexion und in deren Folge vertrieben worden. Deswegen stelle ich klar, eine Vertreibung war eine Vertreibung zuviel.

Die Dreckschleuderbetätigten von der PDS können unsere Arbeit und auch unsere Würde nicht beeinträchtigen, aber wir empfinden es als schlimm, daß die Exekutive und auch die Judikative uns gegen derartige unerträgliche Diffamierungen den Ehrenschatz versagen.

Die Ostpreußen stehen für friedlichen Wandel. Im südlichen Ostpreußen und im Memelland wird ein Stück Europa wieder hergestellt, wenn Polen und Litauen zur

Europäischen Union kommen. Das Preußenland war immer – mehr als jede andere deutsche Region – europäisch, weil Ostpreußen und die Ostpreußen immer wieder durch Zuzug aus den verschiedensten Regionen Europas Impulse bekamen. Die Landsmannschaft Ostpreußen wird die Chance nutzen, die sich für unsere Heimat aus der Einbeziehung in die EU ergeben.

Auch für das schwer deformierte Königsberger Gebiet werden sich durch die zunehmende Globalisierung, durch die EU-Osterweiterung und Rußlands Demokratisierung neue Möglichkeiten ergeben. Wir werden sie zu nutzen wissen.

Gorbatschows Angebot an Kohl/Genscher – wie ernst es auch immer gemeint war –, das Königsberger Gebiet an die Bundesrepublik zu verkaufen, wurde von jenen weder geprüft noch in der Öffentlichkeit bekanntgemacht. In maßloser Mißachtung der Geschichte, der deutschen Geschichte Ostpreußens, hat man das Angebot zurückgewiesen. Man wolle Königsberg nicht einmal geschenkt haben. So entschieden der seelenlose Pragmatiker Genscher und der deutsche Bundeskanzler Kohl. Bei ihren zahllosen Auslandsreisen haben Kohl und Genscher, später auch Kinkel, immer einen großen Bogen um Königsberg gemacht. Heute wissen wir warum.

Ganz anders Theo Waigel. Der damalige CSU-Vorsitzende war in Königsberg. Er hatte das Bedürfnis, diesen herausgehobenen Platz der deutschen und europäischen Geistesgeschichte zu besuchen. Wir haben das mit Freude registriert.

Überlassen wir die Bewertung der Handlungen Kohls und Genschers in der Königsbergfrage getrost dem Urteil der Geschichte. Mit ihrer Handlungsweise damals stießen sie die Königsberger Region gewissermaßen in den Archipel Gulag. Erst ab 1991, mit dem Zerfall der Sowjetunion, ging es in Königsberg steil bergauf mit der Kriminalität, auch mit der organisierten Großkriminalität, mit Drogenhandel und Drogensucht, mit Aids, mit Arbeitslosigkeit und unvorstellbarer Armut.

Wir wissen nicht, warum es Ostpreußen bei Kriegsende so hart traf, dreigeteilt, im nördlichen Ostpreußen eine Totalaustreibung, im südlichen Ostpreußen für die Daheimgebliebenen eine brutale Polonisierung.

Die russischen Archive sind noch nicht geöffnet. Wir kennen auch nicht die geheimen Zusatzabkommen zum Zwei-plus-vier-Vertrag. Aber wir wissen eins, der derzeitige Status des Königsberger Gebietes wird sich auf Dauer nicht halten lassen. Ob noch einmal in absehbarer Zeit – wie beim Gorbatschow-Angebot – der Mantel Gottes vorbeirauscht, wissen wir nicht. Wir erhoffen es, aber es muß dann auch jemand da sein, der sich bemüht, einen Zipfel des Mantels zu erhaschen.

Niemand hat sich in der Bundesrepublik so intensiv um das Königsberger Gebiet gekümmert wie die Landsmannschaft Ostpreußen und ihre Kreisgemeinschaften. Sie haben segensreich gewirkt. Wer in der Heimat tätig wird, der hat als Botschafter des Friedens gewirkt. Dies hat den Boden für ein zukünftiges Zusammenleben in menschlicher Hinsicht vorbereitet.

Das Schlagwort von der Regermanisierung hat sich als Diffamierungskeule linker Kräfte in der Bundesrepublik für die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen entpuppt. Russische Ängste werden durch eine nur theoretisch mögliche Germanisierung nicht geweckt. Allenfalls Hoffnungen. Ostpreußen bleibt Erbe und Auftrag. Unsere Gedanken, Wünsche und Hoffnungen gelten Ostpreußen.

Wir grüßen das Memelgebiet, das Memeldelta, den Elchwald, das Samland, die Pregel-Auen, die Kurische Nehrung, die Frische Nehrung, das Kurische Haff, das Frische Haff, das Oberland, das Ermland, die Johannisburger Heide, Masuren, Natangen, Barten, die Rominter Heide, die Seesker Höhen. Wir grüßen die großen und kleinen Orte Ostpreußens von A wie Arnau bis Z wie Zinten – Ostpreußen ist einmalig.

Unser Bekenntnis zu Ostpreußen und unsere Arbeit für Ostpreußen sind unser Bekenntnis zum Frieden.

Im Schwimmen gegen den Strom bewahren die Ostpreußen ihre Einzigartigkeit. Wenn wir das nicht mehr vermögen, wenn wir uns treiben lassen, werden wir mitgerissen und gehen in der Vielfalt der Massengesellschaft unter. Nur über einen Bruch mit der raffiniert manipulierten Geschichte, über einen Bruch mit den Täuschungen und falschen Sichtweisen kommen wir an die Dinge heran, die uns wirklich angehen. Die wohlmeinenden Menschen in der Politik und in den Verwaltungen sagen uns, wir sollten uns anpassen. Wir änderten die Dinge doch nicht. Hören wir nicht auf diese Ratgeber.

Wer der Zahl nach schwach ist, wird nicht durch Anpassung, sondern durch Widerstehen stark. Das ist eine Erfahrung, die gerade auch in der Demokratie gilt. Wir sind überzeugt, daß wir durch unsere Art zu leben und zu handeln für Ostpreußen und Deutschland Gutes bewirken. Gott segne Ostpreußen und seine Menschen!

Aus den vielen Zuschriften auf die Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen beim Deutschland-treffen 2000 sollen hier exemplarisch zwei Schreiben abgedruckt werden:

Günter Poser

D-53125 Bonn (Röttgen), den 19. Juni 2000

Kontoradmiral a. D.

Sehr geehrter Herr von Gottberg!

Für Ihre mutige und wahrhaftige Rede stets-männlichen Formats beim Deutschlandtreffen 2000 möchte ich Ihnen von Herzen danken, insbesondere auch dafür, was Sie ausdrücklich über die Soldaten der Wehrmacht sagen. Die Richtigkeit beweist das Schweigen der „Journaille“.

NW erkante mir, eine Broschüre beizulegen, in der ich auf Seite 11 (dokumentation) den NS-Senator Willi Leuger zitiere.

mit allen guten Wünschen für Sie und
„Das Ostpreußenblatt“ bin ich mit vielen
Grüßen

Ihr

ang.

Günter Poser.

10.06.00

Sehr verehrter, lieber Herr von Gottberg,
Leipzig liegt hinter uns, mit einem großartigen Erfolg!
Alles verlief wunderbar und zur größten Zufriedenheit.
Ningel u. Besserwiser wird es immer geben. Von diesen sollte
wir uns nicht beirren lassen.

Dafs alles so wunderbar verlief sind eine nachhaltige
Wirkung haben wird, ist in erster Linie Ihre Verdienst,
einschliesslich Ihre aufrichtigen Mitarbeites.

Dafsi sei Ihnen herzlich gedankt!
Ihre Rede war wie immer einmalig und fiihrte uns Ost-
preußen aufmittelnd, sie hilft jedem Ostpreußen wert-
volle Erinnerungen zu bescholen u. auch nützig zu
verteilen. Das Echo auf Ihre Rede war in jeder
Hinsicht positiv.

Sich wünsche Ihnen weiterhin viel Kraft, unsere
Ostpreußen zu fiihren u. sie zusammenzuhalten.

Alles Gute u. herzlich wie bei uns vor, beieinander
Gruße,

Ihr sehr ergebener

Gerhard Böse

